

Was wollen die Sozialdemokraten?

Wer ist zufrieden? Fast niemand. Und nur wenige haben Anlaß dazu. Diese wenigen halten die Tafel der Glücksgüter besetzt. Für die große Masse ist harte Arbeit und wachsende Not Anteil und Erbteil im Leben. Ist das vernünftig? Ganz gewiß nicht.

Unser innerstes Empfinden, alles Rechtsgefühl empört sich dagegen, daß eine geringe Minderzahl in allen Genüssen und Schönheiten des Lebens schwelgt, während die Mehrheit in Not und Elend darbt. Der Wille zum Glück ist selbst in den Instinkt des Tieres gegraben, um wieviel mehr in die Brust des Menschen. Zu wollen, daß es besser wird, ist nicht nur natürlich, ist notwendig und sittlich. Und die Not, die heute auf den breiten Massen lastet, treibt sie mit unwiderstehlicher Gewalt, an die Stelle der fargen Gegenwart eine bessere Zukunft zu setzen.

Sollen die Dinge sich ändern, muß man wissen, in welchem Sinne. Ein Ziel muß man haben. Und dieses Ziel muß weniger schön und verlockend, als möglich und durchführbar sein. Das letztere ist es aber nur, wenn es sich aus dem Bestehenden natürlich, notwendig ergibt. Die menschliche Gesellschaft ist nichts willkürlich Gemachtes im Lauf der Jahrtausende ist sie allmählich erwachsen. So stark der Wille des einzelnen Menschen auf sie einwirken mag, der Mensch wird in die Verhältnisse hineingeboren, ist ein Kind seiner Zeit und getragen von dem großen Ströme menschlicher Entwicklung. Und darum kann nur dasjenige Ziel Wert besitzen, das sich aus der Gegenwart natürlich, notwendig ergibt.

Der Arbeiter, der Beamte, der Angestellte verdingen sich um Lohn; sie verkaufen ihre Arbeitskraft, denn sie haben nichts anderes, was sie verkaufen könnten, um davon zu leben. Der Unternehmer, mag er sein wer er will, Privatmann oder Staat, hat ein Interesse an möglichst niedrigen Löhnen. Und er ist dem Arbeitssuchenden gegenüber stets im Vorteil. Er hat Geld, und wenn er auch diese oder jene Arbeit braucht, so braucht er nicht notwendig diesen oder jenen Arbeiter oder Angestellten. Der Arbeitssuchenden aber sind viele, und sie alle müssen arbeiten, wenn sie leben wollen. Wie mit jeder Ware, so geht es auch mit der Arbeitskraft. Sie ist umso billiger, je geringer die Nachfrage, je größer das Angebot. Von besonders guten Zeiten abgesehen, wird die Zahl derer, die arbeiten wollen und arbeiten müssen, stets größer sein, als die vorhandene Arbeitsgelegenheit. Neben den Beschäftigten steht ein Heer Beschäftigungsloser, das auf die Löhne, die Gehälter drückt, und den Arbeitgebern ihr Interesse an niedrigen Löhnen, an niedrigen Gehältern verwirklichen hilft.

So genügt der Lohn der Männer bald nicht mehr zum Unterhalt der Familie. Frau und Kinder müssen mitverdienen. Staat und Besitzende ziehen daraus wieder doppelten Vorteil. Sie gewinnen genügsamere, ausbeutungsfähigere, billigere Kräfte und vermehren das Angebot der Hände. Zu dem Wettbewerb der Männer tritt die Konkurrenz der Geschlechter und der verschiedenen Lebensalter. Der Erfolg ist vermehrter Lohndruck, geringeres Einkommen, erhöhte Arbeitsleistung, Not und Elend der arbeitenden Massen, wachsender Gewinn der Besitzenden, die Reichtümer auf Reichtümer häufen.

Der Besitzer zahlt dem Arbeiter und Angestellten in Lohn und Gehalt den Preis, den die Arbeitskraft auf dem Markte hat. Ein kurzer Teil des Arbeitstages genügt, um ihm diese Auslage zu ersetzen. Aber der Unternehmer beschäftigt Arbeiter und Angestellte den ganzen Tag und

gerade die Mehrarbeit über jenen Bruchteil des Arbeitstages hinaus ist sein Gewinn. Sie kostet dem Unternehmer buchstäblich nichts. Durch diese Mehrarbeit wird erst die kapitalistische Konkurrenz der Unternehmer möglich. Ihr Kampf auf dem Markt geht im letzten Ende ausschließlich auf Kosten der Angestellten. Daher ihr Bestreben, eine immer größere Menge unbezahlter Mehrarbeit aus den Beschäftigten herauszuwirtschaften, den Arbeitstag zu verlängern. Rarger Lohn, Frauen- und Kinderarbeit lange Arbeitszeit, das ist das Wesen der Gesellschaft des heutigen Lohnsystems. Allenthalben, wo es Eingang gefunden, zerreiht es die Gesellschaft in zwei Klassen, die sich mit unvereinbaren Interessen als scharfe Gegensätze gegenüberstehen.

Aber so scharf die Interessen der besitzenden Klasse der Klasse der Besitzlosen gegenüber in die Erscheinung treten, unter sich sind sie nicht einig. Ihr Wettbewerb ist ein sehr energischer. Der eine sucht den anderen niederzuringen, dessen Kundenschaft an sich zu reißen. Der Kampf um die Absatzgebiete ruiniert die weniger Leistungsfähigen, während die Starken oben bleiben. Ihm verdanken wir das Aufkommen der Maschinen und der gegenseitige Wettbewerb vervollkommen die Maschinen, die Technik fortgesetzt, hält sie in beständiger Umwälzung. Die Maschine verbilligt die einzelne Ware; sie stellt große Massen in kurzer Zeit her. Der Bruchteil des Arbeitstages, der zum Ertrag des Lohnes notwendig ist, wird mehr und mehr verkürzt, während die unbezahlte Mehrarbeit fortgesetzt wächst. Jede technische Umwälzung verfolgt den Zweck, den Arbeitstag auf diese indirekte Weise zu verlängern. Um so mehr Hände setzt die Maschine frei, um so schärfer wird der lohnbrückende Wettbewerb der Arbeiter, der Angestellten untereinander. In sich ein gewaltiger Fortschritt, lastet die Maschine furchtbar auf der Klasse der Besitzlosen, die sie völlig in das Joch des toten Materials zwingt, zum Anhängsel der Technik herabdrückt. Aber so groß die Vorteile sind, die die Besitzenden aus der Maschine ziehen, die fortgesetzte Umwälzung der Technik lastet auch auf ihnen selbst mit schwerer Hand. Denn die leistungsfähigere Maschine konkurriert die minder leistungsfähige nieder. Die Maschine ist das gewaltigste Mittel, immer mehr Besitzende auszuschalten. So vereinigen sich die Arbeitsmittel in einer immer geringeren Zahl von Händen.

Das Aufkommen der Maschine versetzte dem Handwerk den Todesstoß. Was unsere Mittelstandsretter von der Rettung des Handwerks reden, ist bare Unmöglichkeit. Die Statistik zeigt, daß das Handwerk ständig zurückgeht. Nach der letzten deutschen Berufsstatistik, die den Zeitraum von 1882—1895 umfaßt, sind die Großbetriebe um 89 Proz. gewachsen, während die handwerksmäßigen und Kleinbetriebe um 8 Prozent abgenommen haben. Die Zahl der in Großbetrieben beschäftigten Arbeiter wuchs um 87 Prozent, während die in Kleinbetrieben beschäftigten abgenommen haben.

Die Maschine verschärft den Wettbewerb der Besitzenden. Jeder erzeugt ohne Rücksicht auf den Andern, planlos, möglichst viel, unbekümmert, ob der Markt die Zahl der Produkte aufzunehmen vermag. Und während auf der einen Seite das Unternehmertum die Produkte fortgesetzt steigert, während die Maschine immer größere Warenmengen auf den Markt wirft, setzt dieselbe Maschine immer mehr Hände frei, drückt sie den Lohn, verlängert sie die Arbeitszeit, vermehrt sie die Frauen- und Kinderarbeit. Sie steigert die Massenausbeutung und macht dadurch

die Massen unfähig, die erzeugten Produkte zu kaufen und zu verbrauchen. Von gewaltigen Warenmassen überfüllte Magazine, eine Käufermenge, die kaufen möchte und doch nicht kann, weil sie kein Geld hat: das ist der gewaltige innere Widerspruch der kapitalistischen Maschinen und Lohngesellschaft, der periodisch zum Zusammenbruch dieser Gesellschaft, zur Krise führt. Seit 1850 ist England, seit 1873 im übrigen Europa chronisch geworden, vernichtet jede Krise, eine Anzahl von Unternehmensexistenzen, immer die Kapitalträchtigsten übrig lassend, die nach dem Krach die Produktion auf immer größerem Felde aufnehmen, bis die Arbeitsmittel des betreffenden Zweiges in den Händen weniger Personen als Monopole vereinigt sind. Ein Zustand, wie er für unsere Bergwerke völlig, für unsere Eisenindustrie nahezu völlig erreicht ist.

Seinem ersten Widerspruch läuft ein anderer parallel. Mehr und mehr konzentrieren sich die Arbeitsmittel in wenigen Händen. Um so gesellschaftlicher wird die Arbeit. Nur durch das planmäßige, systematische Zusammenarbeiten vieler, manchmal von Tausenden werden die Produkte geschaffen, aber ein einzelner eignet sich dieselben an. Die Arbeit ganzer Ortschaften verleiht bestimmten Grundstücken ihren Wert, ein einzelner ist der Ruhmgeber davon. Und wie hier, so mehr oder minder auf allen Gebieten. Die Arbeit hat gesellschaftliche Natur gewonnen, zwer als Reichtum des einzelnen tritt sie in die Erscheinung. Gesellschaftliche Erzeugungs-, private Aneignungsweise, das ist der zweite und grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft, jener Widerspruch, an dem sie zugrunde gehen muß, wenn nicht die Menschheit selber zu Grunde gehen soll. Die private Aneignungsweise, die über die gesellschaftlich erzeugten Werte gebietet, macht allein jene Massenausbeutung der Gegenwart möglich. Durch die Gesellschaft werden die Werte erzeugt, aber für einzelne, nicht für die Gesellschaft. Die Frucht der Arbeit muß der Arbeit folgen, sagt ein alter Rechtspruch. Erzeugt die Gesellschaft die Werte, hat sie auch Anspruch auf ihren Genuß. Das aber ist nur zu verwirklichen, wenn Produktionsweise und Aneignungsweise sich in Einklang setzen, wenn die Produktionsmittel an die Gemeinschaft übergehen. Dann erst kann das Wort zur Wahrheit werden, daß die Güter nicht nur durch, sondern auch für die Gesellschaft erzeugt werden.

So ergibt sich das Ziel der Folgeentwicklung aus den Bedingungen der heutigen Gesellschaft selbst. Indem sie die Produktivität mit Hilfe der Maschine ins Ungemessene steigerte, indem sie die Arbeit zu einer gesellschaftlichen machte, bereitete sie dem Sozialismus, der Sozialdemokratie, die Bahn als einer geschichtlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeit.

Aus diesem Ziel und seiner bedingungslosen Notwendigkeit ergeben sich die

Forderungen,

die wir zur Verwirklichung desselben an die Gegenwart zu stellen haben. Es gilt als nächstes die Ausbeutung herabzubrüden, ihr möglichst die Spitze abzubrechen. In erster Linie liegt dies den Ausgebeuteten selber ob. Ist der schrankenlose Wettbewerb unter ihnen ein wesentliches Mittel, das Einkommen zu brüden, die Arbeitszeit zu verlängern, sie auszunutzen, so gilt es diesen Wettbewerb einzudämmen und möglichst aufzuheben. Zu dem Zweck müssen sie Verabredungen treffen, müssen sie sich vereinigen und verbinden können. Das

Vereinigungsrecht

zur Abwehr der Unterdrückung, zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist das wirtschaftliche Grundrecht der Ausgebeuteten. Ohne dasselbe würde die kapitalistische Ausbeutung ins Endlose weiter gehen, würde schließlich ein Lebensniveau erreicht werden, bei dem die Menschheit nicht mehr existieren kann. Daher verlangt die Sozialdemokratie **unbeschränkte Koalitionsfreiheit, bedingungslose Sicherung des Koalitionsrechts.** Und sie verlangt dies selbstverständlich nicht nur für die gewerblichen Arbeiter, sondern auch für die Dienstboten, für die

Landarbeiter, die ländliche Bevölkerung überhaupt, die noch schamloser ausgebeutet werden als die in der Industrie, als die vom Staat oder Gemeinden Beschäftigten.

Über nicht die Ausgebeuteten allein haben zu kämpfen gegen den Kapitalismus. Die Gesellschaft hat ein weitgehendes Interesse daran, die Verwüstung der Volksgesundheit, die er sich zu Schulden kommen läßt, zu verhindern. Das sehen sogar unsere Junker ein, wenigstens soweit sie im Waffenrock stecken. Die Aushebungen beim Militär-erfahrgeschäft der letzten Jahre ergaben, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Tauglichen, z. B. im Ruhrgebiet, zurückgeht, daß die Bevölkerung rapide degeneriert. Die Sozialdemokratie verlangt dagegen gesetzliche Maßnahmen. Sie fordert eine

wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung,

die Leben und Gesundheit des Arbeiters sicher stellt, die ihn vor wucherischer Ausbeutung schützt, und wie der Kapitalismus selbst eine internationale Erscheinung ist, so muß auf ein internationales Arbeiterschutzwort hingewirkt werden. An erster Stelle verlangt die Sozialdemokratie einen

Verbot der Nachtarbeit

als das einzige Mittel, die Ausbeutung in der kapitalistischen Gesellschaft wirksam zu bekämpfen. Daß die Erwerbsarbeit der Kinder und Frauen bei der Konkurrenz die sie den Männern und sich selber machen, geregelt werden muß, versteht sich von selbst. Wenn man also der Sozialdemokratie den Vorwurf macht, sie wolle das Familienleben zerstören, so ist das purer Unsinn. Nicht die Sozialdemokratie zerreiht die Familie, sondern der Kapitalismus, der Frauen und Kinder in die Arbeit zwingt, sie dem Hause entfremdet, die Erziehung verwüßt. Die Sozialdemokratie fordert im Gegenteil ein Verbot der Kinder-, eine gründliche Regelung der Frauenerwerbsarbeit, weil nur so wiederum den großen Massen ein Familienleben, das diesen Namen verdient, ermöglicht wird. Daß die Sozialdemokratie ein möglichst weitgehendes Verbot der Nachtarbeit verlangt, daß sie dem Arbeiter seinen freien Tag in der Woche nicht geschmälert, daß sie die Forderungen der Gesundheitswissenschaft im Arbeitsprozeß beobachtet wissen will, bedarf keiner Frage.

Aber solche Bestimmungen sollen nicht auf dem Papiere bleiben. Ihre

Ausführung soll durch Organe überwacht,

überhaupt sollen die ganzen Arbeitsverhältnisse systematisch erforscht und die nötigen Remter dafür geschaffen werden. Die Besizenden haben in Gewerbe, Landwirtschafts-, Handelsstammern usw. ihre Interessenvertretung. Was ihnen recht ist soll den Arbeitern billig sein. Auch sie sollen in

Arbeiterkammern

eine Interessenvertretung erhalten. Weiter hätten jene Remter darüber zu wachen, daß nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt, daß auch die Vorschriften der Gesundheitswissenschaft möglichst allerorts zur Geltung gebracht werden.

Für die Tage der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität, des Alters soll dem Arbeiter ein auskömmlicher Unterhalt gesichert sein.

Der Arbeiter, der Beamte, der Angestellte, der seine Kräfte im Dienste der Gesellschaft aufreißt, hat darauf ein größeres Recht, als der faule Zinsrentner, der seine Kupons schneidet oder der Herr Aufsichtsrat, der aus dem Schweige der Ausgebeuteten seine Lanteme einstreicht. Die **Versicherungsgesetze** sollen zu dem Zweck wesentlich ausgebaut, das ganze **Versicherungswesen auf das Reich** übernommen werden. Das letztere wird schon aus

dem Grunde notwendig, weil das Versicherungsweisen nicht nur ein großer Zweig kapitalistischer Ausbeutung, sondern auch fortgesetzten Betruges geworden ist.

Die wirtschaftlichen Forderungen, die die Ausgebeuteten stellen müssen, erweitern sich also ohne weiteres zu solchen an die Gesetzgebung. Die Ausgebeuteten müssen daher politischen Einfluß erringen, politische Rechte besitzen. Das Recht auf Existenz ist für alle Menschen gleich und für alle durch den Kapitalismus in gleicher Weise gefährdet. Nur eines können die Besitzlosen in die die Waagschale werfen, das Gewicht ihrer Zahl. Wie das Koalitionsrecht das grundlegende wirtschaftliche, ist

das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht

ihre grundlegendes politisches Recht. Und dieses Recht soll nicht auf die Männer beschränkt sein. Auch die Existenz der Frau ist bedroht durch den Kapitalismus; auch die Frau ist in das wirtschaftliche Getriebe der Gegenwart hineingezogen, auch sie hat die gleichen wirtschaftlichen Pflichten, hat zum mindesten das gleiche Interesse an den gesamten Erwerbsverhältnissen wie der Mann. Darum muß auch sie des gleichen Stimmrechtes teilhaftig werden. Das Recht des Volkes aber soll nicht verkümmert werden durch eine künstliche Wahlkreiseinteilung, die vielleicht einem Kreise mit 25 000 Wählern das gleiche Recht gibt, wie einem solchen mit mehreren Hunderttausend und dadurch die Gleichheit des Rechts aufhebt. Die Zahl der Parlamentsitze nach Verhältnis der auf die einzelnen Parteien entfallenen Stimmen zu bemessen, erweist sich mehr und mehr als eine Forderung nachter Gerechtigkeit. Gerade die Vorgänge in unserer Kolonialpolitik sowie die jetzige Reichstagsauflösung zeigen zudem, daß fünfjährige Legislaturperioden ein Übel sind. Möglichst oft sollte das Volk aufgerufen werden, um an seinen Vertretern Kritik üben, unwürdige, die sein Vertrauen mißbrauchen, beseitigen zu können. Daher verlangt die Sozialdemokratie

zweijährige Gesetzgebungsperioden

sowie die Vornahme der Wahlen an gesetzlichen Ruhetagen, um jedem die Stimmabgabe ohne Schmälerung des Einkommens zu ermöglichen.

Das Volk soll sich selbst regieren,

in Staat und Gemeinde volles und unbeschränktes Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsrecht

genießen. Mißliebige Gesetze soll es auf dem Weg der direkten Abstimmung ohne weiteres zu Fall bringen und abschaffen, seine Beamten, die ihm und ihm allein verantwortlich sind, in freier Wahl selber wählen dürfen. Ständen zudem die öffentlichen Mittel, wie es die Sozialdemokratie verlangt, wirklich unter der Kontrolle des Volkes, die heutige Korruption wäre unmöglich.

Ein Übel ist es, wenn Völker auf Geheiß ihrer Fürsten sich gegenseitig zersleischen und abschlachten sollen, um der Haus-Interessen ihrer sog. Herrscher oder um was sonst willen. Soll das Volk mit Gut und Blut einstehen für den Erfolg eines Krieges,

so soll es auch selbst bestimmen, ob Krieg geführt werde.

Unsinnig ist der Vorwurf, die Sozialdemokratie wolle das Land wehrlos machen. Wenn etwas die Kulturnationen in den Abgrund führt, dann ist es das wahnsinnige Wettrennen zu Wasser und zu Lande von heute, das die Kraft der Nationen mitten im Frieden verzehrt und sie banterot macht, bevor noch ein Krieg begonnen. Nicht nur eine Wehrpflicht will die Sozialdemokratie, sondern ein Wehrrecht, eine

Abwehrpflicht

in des Wortes wahrster Bedeutung, ein Recht, das jeder Staatsbürger ausüben soll, das aber Abstand nimmt von dem kostspieligen Drill, von den wucherischen Lasten, womit der Militarismus von heute die Völker erdrückt. Nur im äußersten Notfalle soll es zum Kriege kommen. Streitigkeiten, die sich unter den Völkern erheben, sollen nach Möglichkeit durch internationale Schiedsgerichte entschieden werden.

Eine demokratischer Staat erfordert, daß jeder seine Meinung frei äußern kann, daß

volle Press- und Rede-, volle Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

besteht, daß ferner alle Gesetze abgeschafft werden, die die unwürdige Benachteiligung der Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber beseitigen. Wenn aber jede Meinung der anderen gleichberechtigt ist, dann hat der Staat nicht das Recht, bestimmte Ueberzeugungen zu unterstützen und zu bevorzugen, öffentliche Mittel für sie zu bewilligen. Man sagt häufig, die Sozialdemokratie bekämpfe die Religion. Nichts fällt der Sozialdemokratie weniger ein als gerade das. Sie achtet und ehrt die Ueberzeugung eines jeden. Nach ihrer Auffassung ist der Glaube an eine bestimmte Religion oder der Gegensatz zu ihr die eigentliche Privatangelegenheit des einzelnen Menschen. Der Staat sollte die religiösen Ueberzeugungen nicht bekämpfen, aber auch nicht unterstützen. Die

religiösen Gesellschaften sollen freie Vereinigungen sein,

die ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und erledigen, in die der Staat nicht hineinzureden, die er aber auch nicht zu unterstützen hat. Wäre dem so, die Konflikte zwischen Kirche und Staat in Deutschland und jetzt in Frankreich wären eine Unmöglichkeit.

Schon die Trennung der Kirche vom Staat bedingt die

Weltlichkeit der Schule.

Das ganze Schulwesen von heute ist gegen die Besitzlosen gerichtet, ist auf das Interesse der Besitzenden zugeschnitten. Die Sozialdemokratie verlangt, daß es damit anders werde, sie will Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel an allen Unterrichtsanstalten, sie will Verpflegung der Schüler auf öffentliche Kosten, um jedem den gleichen Bildungsgang, das gleiche Fortkommen zu ermöglichen.

Ein durchgreifender Reform bedürftiges Kapitel ist ferner unsere

Rechtsprivilege.

Demn Prozeßieren ist teuer und damit ist es für den kleinen Mann in den meisten Fällen unmöglich, überhaupt Recht zu bekommen. Unsere Justiz ist zudem eine Klassenjustiz, die ganz erschüttert mit zweierlei Maß mißt. Wenn von einer Justiz je das Wort zutrifft, die kleinen Diebe hängt man, die Großen läßt man laufen, dann von der heutigen. Die Sozialdemokratie will aufräumen auch mit diesen Zuständen, mit unserem heutigen Berufsrichtertum, das die Auswüchse der Rechtspflege zum großen Teil erst möglich gemacht hat. Kann das Volk sich selber Recht geben, so kann es sich auch selber Recht sprechen durch Personen, die sein Vertrauen genießen, die aus seiner freien Wahl hervorgegangen. Eine große Zahl schwerer Justizirrtümer geht dadurch in die Welt, daß es in Strafsachen keine Berufung gibt. Die unschuldig Inhaftierten werden gar nicht oder ungenügend entschädigt. Gegen all das verlangt die Sozialdemokratie Abhilfe wie sie die Beseitigung der Todesstrafe fordert als einer der Menschheit unwürdigen Barbarei.

Eine Gesellschaft, die wirklich diesen Namen verdient, sorgt für diejenigen, die in ihrem Dienste erkrankt sind. Unzähliges Unheil könnte verhütet, tausende von Menschenleben gerettet werden, hätten die von Krankheit

Befallenen die Mittel, sich rechtzeitig in ärztliche Behandlung zu begeben und sich gründlich kurieren zu lassen. Arzt und Apotheker sind im Hause des kleinen Mannes ein gefährdetes Gespenst, Not und Entbehrung bringen meist die, die Gesundheit und Segen bringen sollten. Daher verlangt die Sozialdemokratie die

Unentgeltlichkeit des Heilverfahrens, der Geburtshilfe, der Heilmittel.

Aber auch den Verstorbenen soll man nicht einscharren wie einen toten Hund. Die Toten anständig zu bestatten, ist gleichfalls eine Pflicht, die nach der Meinung der Sozialdemokratie die Gesellschaft zu erfüllen hat.

Heute ruhen die Ausgaben des Staatswesens auf den breiten Massen und sie werden auf die denkbar verwerflichste Art aufgebracht, durch Steuern auf die notwendigsten Nahrungsmittel, auf Brot und Fleisch, während diejenigen, die vom Gemeinwesen den Hauptnutzen ziehen, die Besitzenden nahezu keine Lasten zu tragen haben. Daher verlangt die Sozialdemokratie

Ab Abschaffung jedweder indirekten Abgaben und statt dessen progressiv steigende Einkommen- und Vermögenssteuern.

Sie huldigt dem Grundsatz, daß für die Kosten des Gemeinwesens in erster Linie die Reichen, die Träger der Kolossalvermögen verhaftet sind.

Das sind in kurzen Zügen die Grundsätze, die Forderungen der Sozialdemokratie, nach denen sie ihre ganze politische Haltung eingerichtet hat und einrichten wird. Und nun vergleiche man damit die

Verbrecherpolitik der bürgerlichen Parteien, den verwerflichen Wucher, den sie mit der Not des Volkes getrieben, ihre wahnsinnige Heeres-, und Flottenpolitik, ihre korrupte Kolonial-, ihre blutige Abenteuerpolitik, ihre Pump- und Defizitwirtschaft.

Man vergleiche damit die

inhaltlosen, kraftlosen Schlagworte

mit denen sie die

Wähler zu fördern gedenken.

Wer es ernst meint mit einer Umkehr unserer gesamten Politik, mit einer gesunden Fortentwicklung des Volkes, der gibt am

25. Januar

seine Stimme dem

Kandidaten der Sozialdemokratie

Dr. Heinr. Laufenberg

Düsseldorf.

Hoch die Sozialdemokratie!

Der Wahlauschuß
der sozialdemokratischen Partei.

Befallenen die Mittel, sich rechtzeitig in ärztliche Behandlung zu begeben und sich gründlich kurieren zu lassen. Arzt und Apotheker sind im Hause des kleinen Mannes ein gefürchtetes Gespenst, Not und Entbehrung bringen meist die, die Gesundheit und Segen bringen sollten. Daher verlangt die Sozialdemokratie die

Unentgeltlichkeit des Heilverfahrens, der Geburtshilfe, der Heilmittel.

Aber auch den Verstorbenen soll man wie einen toten Hund. Die Toten zu bestatten, ist gleichfalls eine Pflicht, die der Sozialdemokratie die Gesellschaft zu heute ruhen die Ausgaben des Steuerpflichtigen auf werflichste Art ausgebracht, durch Steuerwendigsten Nahrungsmittel, auf während diejenigen, die vom Gemeinnutzen ziehen, die Besitzenden nahezu ragen haben. Daher verlangt die Sozia

Abschaffung jedweder indirekten und statt dessen progressivste Einkommen- und Vermögenssteuern.

Wer es ernst meint mit einer gesunden

seine Stimme dem

Kandidaten

Dr. Heinrich

Düsseldorf

Hoch die

Sie huldigt dem Grundsatz, daß für die Kosten des Sozialwesens in erster Linie die Reichen, die Träger der Kolossalvermögen verhaftet sind.

Das sind in kurzen Zügen die Grundsätze, die Forderungen der Sozialdemokratie, nach denen sie ihre ganze politische Haltung eingerichtet hat und einrichten wird. Und nun vergleiche man damit die

Verbrecherpolitik der bürgerlichen Parteien,

den parlamentarischen Wucher, den sie mit der ihres getrieben, ihre wahnsinnige Flottenpolitik, ihre korrupte ihre blutige Abenteuerpolitik, und Defizitwirtschaft.

che damit die ten, kraftlosen Schlagworte

ler zu fördern gedenken.

erer gesamten Politik, Volkes, der gibt am

demokratie

enberg

orf.

okratie!

ahlenschuß

der sozialdemokratischen Partei.

